

IHK-Vollversammlung

13.03.2024 | München

Protokoll



**Tagesordnung der Sitzung der Vollversammlung
am 13.03.2024
von 15:00 – 18:26 Uhr
im IHK-Stammhaus sowie per Webex**

**TOP 1 Begrüßung und
Genehmigung der Tagesordnung**

**TOP 2 Gespräch und Diskussion mit
Albert Füracker, MdL
Staatsminister der Finanzen und für Heimat**

TOP 3 Selbstverwaltung

- 3.1 Gerichtlicher Vergleichsvorschlag zur a.o. Kündigung der Obermeyer Gebäudeplanung GmbH & Co. KG durch die IHK vom 8. Oktober 2013, Gast: Dr. Patrick Gasch, ZIRNGIBL Rechtsanwälte Partnerschaft mbB
 - 3.2 Neue IHK-Regelaufgabe Berufvalidierung
 - 3.3 Aktualisierung IHK-Beschaffungsrichtlinie
-

TOP 4 Bericht des Präsidenten

TOP 5 Aktuelles aus den Regionen

TOP 6 Gesamtinteressenvertretung

- 6.1 BIHK-Position: Schienenanbindung Flughafen München
 - 6.2 IHK-Position: Entwicklung und Ausbau des Biotechnologie-Standortes Bayern – Biotech-Agenda 2035 Bayern
 - 6.3 IHK-Position: Erhalt der deutschen Stromgebotszone
 - 6.4 Europawahl 2024
 - 6.5 Bundestagswahl 2025
-

TOP 7 Bericht der Geschäftsführung

- 7.1 Ergebnis Halbzeitevaluierung Ehrenamt
 - 7.2 Weitere Themen der Geschäftsführung
-

TOP 8 Verschiedenes

**Sitzung der Vollversammlung
der IHK für München und Oberbayern
am 13.03.2024
von 15:00 – 18:26 Uhr
im IHK-Stammhaus sowie per Webex**

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Klaus Josef Lutz eröffnet die Sitzung um 15:04 Uhr. Er bittet die Vollversammlung um Zustimmung, aus organisatorischen Gründen TOP 2 vorzuziehen und die Sitzungsformalia daran anschließen zu lassen. Es gibt keine Einwände gegen diesen Vorschlag.

**TOP 2 Gespräch und Diskussion mit Albert Füracker, MdL
Staatsminister der Finanzen und für Heimat**

Albert Füracker dankt der IHK eingangs für die stets faktenbasierte, ehrliche Analyse der jeweils aktuellen Lage. Er betont, dass in Bayern die Wirtschaft an erster Stelle stehe. Andernfalls sei es mangels „Verteilmasse“ nicht möglich, in anderen Bereichen finanzielle Unterstützung sicherzustellen. Forderungen nach genereller Arbeitszeitverkürzung oder der Vier-Tage-Woche für alle seien daher kritisch zu sehen.

Unstrittig sei, dass es in Deutschland eine Entlastung bei der Unternehmenssteuer brauche. Der Solidaritätszuschlag habe sich letztlich als eine Art Zusatzsteuer für Unternehmen entpuppt. Sie trügen die Hauptlast. Weiterhin würden die von einschlägigen Kreisen als „Reiche“ titulierten Bürgerinnen und Bürger mit dem Soli belastet. [Anm.: Bei Einzelveranlagung beginnt die Belastung mit dem Solidaritätszuschlag ab 18.131 Euro Einkommensteuer.] Bei Kritik an „sozialer Kälte“ in Deutschland sei zu entgegnen, dass derzeit so viel Geld mit Sozialleistungen verausgabt werde wie nie zuvor. Allerdings sei es nicht zieführend, die Starken zu schwächen, um den Schwachen zu helfen.

Während in Sachen Bürokratie-Belastung die Schuld oft der EU zugewiesen werde, habe Deutschland als Mitglied der EU an deren komplexen Vorgaben eine Mitverantwortung. In Bayern sei im Koalitionsvertrag 2023 die Regel „one in, two out“ festgehalten worden, die es nun umzusetzen gelte. So sollen zehn Prozent der Verwaltungsvorschriften entfallen. Der Haushalt enthalte als Beiträge zur Krisenbewältigung bspw. Mittelstandsförderung, den Digitalbonus und die Hightech-Agenda. Die Investitionsquote im Doppelhaushalt betrage 15 Prozent. In Nordrhein-Westfalen läge dieser Anteil bei gerade 11 Prozent, ein entsprechender Anteil in Bayern würde 6,6 Mrd. Euro weniger öffentliche Investitionen im Freistaat bedeuten.

Weiterhin verweist Albert Füracker auf den Zielkonflikt Zuzug und Migration nach Bayern, mehr Wohnbedarf bei gleichzeitigem Flächensparen sowie die positiven Entwicklungen beim Ausbau der Kommunikationsinfrastrukturen durch Landesförderung. Er bedankt sich

für die vertrauensvolle und sachlich-konstruktive Zusammenarbeit mit der IHK und ruft auf, allen Herausforderungen zum Trotz optimistisch zu bleiben.

In der anschließenden Aussprache erkundigt sich Eva Vesterling nach Maßnahmen der Staatsregierung gegen den Fachkräftemangel. Albert Füracker antwortet, dass hierbei Automation, Digitalisierung und Gleichsetzung von beruflicher mit akademischer Bildung einen Beitrag leisten würden, aber das Problem noch nicht lösen. Für das Gewinnen von ausländischen Arbeitskräften im globalen Talentwettbewerb sei eine Senkung der Abgabelast zwingend nötig, die Vier-Tage-Woche helfe aber sicherlich nicht. Wohlstand erhalten bei rapider Alterung bedeute länger arbeiten, nicht kürzer.

Georg Dettendorfer merkt an, dass der angemahnte Optimismus zunehmend schwerfalle. Betriebsprüfungen, vormals vom Finanzamt in wenigen Monaten erledigt, zögen sich nun mit sehr vereinzelt Betriebsprüferbesuchen über mehr als ein Jahr hin. Werner Mooseder bestätigt diese Praxiserfahrung. In seinem Fall laufe eine Prüfung seit 14 Monaten. Bei Mangel an Kapazitäten solle erwogen werden, weniger Prüfungen anzuordnen.

Albert Füracker erinnert an den im Dezember 2023 unterzeichneten „Letter of Intent“ zwischen dem Bayerischen Finanzministerium und dem Bayerischen Industrie- und Handelskammertag, in dem u.a. eine zeitliche Straffung von Außenprüfungen im Falle eines guten Zusammenwirkens von Unternehmen und Finanzverwaltung vereinbart sei. Er stehe für eine ressourcenschonende Betriebsprüfung. Jedoch würden im Landtag gar mehr Prüfungen in Bayern gefordert, da auch andere Bundesländer deutlich mehr prüfen. Füracker bietet an, sich mit einer konkreten Beschwerde an sein Ministerium zu wenden. Er bittet um Verständnis, dass er zu Einzelfällen keine Aussagen treffen könne.

Eduard Kastner erkundigt sich nach den Planungen zur Korrektur der Entscheidung, dass bei der aktuell laufenden Überprüfung der Corona-Soforthilfen Personalkosten nicht anerkannt würden. [Anm.: Laut Bayerischem Wirtschaftsministerium hätte die Unternehmen während des geprüften Zeitraums März bis Mai 2020 die Möglichkeit gehabt, Personalkosten durch Kurzarbeitergeld zu senken, weshalb die Personalkosten für den Corona-bedingten Liquiditätsengpass nicht mitgerechnet werden dürfen.] Albert Füracker weist darauf hin, dass diese Regelung in Verantwortung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums liege und dieser Punkt bereits mit Staatsminister Hubert Aiwanger besprochen worden sei. Er lobt bei dieser Gelegenheit ausdrücklich die IHK für die Abwicklung der auf die Soforthilfe folgenden Corona-Wirtschaftshilfen. Er weist drauf hin, dass die Fristen zur Abgabe der Schlussabrechnungen auf Initiative von Bayern zur Entlastung der Steuerberater erneut nach hinten verschoben würden und die Prüftiefe risikobasiert erfolgen solle. Am 14.03.2024 sei eine Sonder-Wirtschaftsministerkonferenz zu diesem Thema vorgesehen.

Sven Keussen erkundigt sich, warum die anschaffungsnahen Herstellungskosten bei Immobilien nicht abgeschafft werden und ob diese überhaupt nennenswerte Steuereinnahmen brächten. [Anm.: Diese Kosten sind nicht als Erhaltungsaufwand sofort abziehbar, sondern sind den Anschaffungskosten der Immobilie hinzuzurechnen und über viele Jahre hinweg abzuschreiben.] Albert Füracker liegen die Einnahmezahlen in diesem Moment nicht vor. Er bezweifelt ferner, dass er sich mit diesem Thema bei Bund und

Ländern durchsetzen könne nach seinen diesbezüglichen negativen Erfahrungen mit dem Wachstumschancengesetz.

Werner Mooseder merkt an, dass wir dringend mehr Wohnungen als Voraussetzung für mehr Arbeitskräfte in der Region bräuchten. Umso wichtiger sei die Sonderabschreibung für den Wohnungsbau, die im Wachstumschancengesetz verankert wäre. Wenn die Union das Wachstumschancengesetz weiter blockiere, blockiere sie auch den Wohnungsbau. Laut Albert Füracker könne damit gerechnet werden, dass das Wachstumschancengesetz letztlich vom Bundestag verabschiedet würde.

Heidrun Hausen kritisiert, dass Unternehmer in der schulischen Bildung weiterhin als böse Charaktere dargestellt würden, die Menschen und Umwelt ausbeuten. Die Staatsregierung müsse hier eingreifen. Albert Füracker teilt diesen Eindruck nicht vollständig. Er verweist zur Einbringung bildungspolitischer Themen an das Staatsministerium für Unterricht und Kultus. Insgesamt sei es für Schulen schwer, alle Erwartungen zu erfüllen, die die Eltern mittlerweile an sie haben, nämlich Bildung plus Betreuung plus Erziehung.

Alexander Jung erkundigt sich nach dem aktuellen Umsetzungsstand der staatlichen Plattform zur E-Rechnung, die für Ende 2024 angekündigt sei. Albert Füracker verweist darauf, dass die IHK die Problematik auch bereits an ihn persönlich herangetragen hätte. Er bedankt sich für die Hinweise und betont die Bemühungen einer fristgerechten Umsetzung.

Klaus Josef Lutz bedankt sich für den engagierten Vortrag und den lebhaften Austausch bei Albert Füracker und den Mitgliedern der Vollversammlung.

TOP 4 Bericht des Präsidenten

Auf Bitte von Staatsminister Albert Füracker zieht Klaus Josef Lutz seinen Bericht vor, bevor Albert Füracker die Sitzung verlassen muss.

Eingangs weist Klaus Josef Lutz darauf hin, dass sein am 19.01.2024 erfolgter Rücktritt als Aufsichtsratsvorsitzender der BayWa AG, dessen Gründe er infolge der Geheimhaltungspflicht gemäß Aktiengesetz nicht darlegen dürfe, keine Auswirkung auf sein IHK-Ehrenamt habe. Er erinnert an seine Ausführungen in der Vollversammlung vom 8. März letzten Jahres, wonach die Wählbarkeit in die IHK-Vollversammlung auf einer operativen unternehmerischen Verantwortung basiere, in seinem Fall als Geschäftsführer einer Beteiligungsgesellschaft.

Weiterhin berichtet er von seinem Gespräch mit dem IHK-Ausschuss Unternehmensverantwortung. In seinem Amt als Präsident sei er zur Gesamtinteressenvertretung auf Basis der Beschlusslage der Vollversammlungsmehrheit verpflichtet. Das Thema Nachhaltigkeit werde er in seiner Kommunikation stärken, wobei seine Prioritätsthemen weiterhin die Wahrung der unternehmerischen Freiheit in Verbindung mit dem Eintreten für eine Nachhaltig-Soziale Marktwirtschaft sei, so wie dies auch in den Leitlinien der Gesamtinteressenvertretung von der Vollversammlung im Dezember 2021 beschlossen

wurde. Weiterhin sei es ihm ein zentrales Anliegen, gegen extremistische und hetzerische Positionen Stellung zu beziehen, wie er es zum Beispiel im Interview mit dem Münchner Merkur vom 07.02.2024 tat.

Aus einem Termin „Münchner Bücherschau junior“ berichtet Klaus Josef Lutz, dass die wirtschaftliche Relevanz von Lesekompetenz offenbar verkannt werde. Er regt dazu an, dass Unternehmerinnen und Unternehmer sich in bildungspolitischen Dialogen immer auch für die Grundkompetenz Lesen einsetzen.

Anlass zur Sorge gebe, dass die bayerischen Unternehmen in der BIHK-Konjunkturbefragung zu Jahresbeginn erstmals die Wirtschaftspolitik als größtes Geschäftsrisiko bewertet hatten. Dahinter stünden vor allem Wut und Ärger über ein Übermaß an Bürokratie, aber auch ein diffuses Gefühl der Unsicherheit aufgrund unklarer wirtschaftspolitischer Kurssetzung der Bundesregierung.

Vom Spitzengespräch der deutschen Wirtschaft am 01.03.2024 auf der Internationalen Handwerksmesse mit Bundeskanzler Olaf Scholz zeigt sich Klaus Josef Lutz enttäuscht. Der Kanzler lobte die Arbeit der Bundesregierung, sah die Verantwortung für das Wachstumsschlusslicht Deutschland alleine in der Weltkonjunktur und kanzelte die vorgebrachten Druckpunkte der Verbände als Klagelied des Kaufmanns ab. Das im letzten Jahr vom Kanzler prognostizierte „grüne Wirtschaftswunder“ wurde nicht thematisiert, stattdessen kündigte er eine „Revolutionierung der Genehmigungspraxis“ an, wie es sie in Deutschland seit Gründung der Bundesrepublik nicht gegeben hätte. Den Brandbrief der vier Spitzenverbände der Deutschen Wirtschaft – BDA, BDI, DIHK und ZDH – mit einer klaren Handlungsagenda vom Januar 2024 hat der Kanzler dagegen bis heute nicht beantwortet.

Der Aufwand der deutschen Wirtschaft durch Bürokratie steigt und steigt. Der Nationale Normenkontrollrat berichtet, dass alleine der laufende Erfüllungsaufwand gegenüber den Vorjahren um mehr als 9 Milliarden Euro pro Jahr und einmalig um fast 24 Milliarden Euro gewachsen sei. Der Normenkontrollrat fordert einen Stopp dieses Trends ein. In Bayern setze die IHK auf die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag und den Startschuss zum Bürokratieabbau im Rahmen eines Runden Tisches mit Ministerpräsident Markus Söder am 08.04.2024.

Ein kritisches Thema sei unzweifelhaft das Arbeitsvolumen in Deutschland. Seit 1991 sei die Zahl der Arbeitsstunden nur um zwei Prozent gestiegen, während die Zahl der Erwerbstätigen um 18 Prozent zunahm. Es gelte daher, die Summe an Arbeitsstunden substanziell zu erhöhen, um die Wirtschaft anzuschieben und die gewaltigen Aufgaben – von der Energiewende über die soziale Sicherung in Zeiten des Alterungsschubes bis hin zur Wiedererlangung der Verteidigungsfähigkeit – auch nur annähernd finanzieren zu können.

Klaus Josef Lutz regt an, über den sozialen Zusammenhalt in Deutschland als möglichen künftigen Wettbewerbsvorteil nachzudenken. Möglicherweise habe dieser neben den bekannten Faktoren Bürokratie, Energie, Steuern usw. Relevanz.

Thomas Dittler bittet darum, weiterhin mit dem Bundeskanzler im Gespräch zu bleiben, da ein Rückzug in Sprachlosigkeit auch nicht weiterführe.

Dominik Biersack ergänzt, dass die Bayerische Staatsregierung viel für die Wohnbauförderung tue, jedoch zu wenig für den Bau von Werks- bzw. Mitarbeiterwohnungen.

Abschließend unterrichtet Klaus Josef Lutz die Vollversammlung über den in der Präsidiumssitzung vom 06.02.2024 gefassten Beschluss zur Nachberufung in die Fachausschüsse für Digitalisierung, Immobilienwirtschaft, Umwelt und Energie sowie Unternehmensverantwortung.

Staatsminister Füracker verlässt die Vollversammlung.

TOP 1 Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung

Klaus Josef Lutz fährt ankündigungsgemäß mit den Formalia fort. Er stellt die Beschlussfähigkeit der Vollversammlung fest. Es sind 52 Mitglieder der Vollversammlung, davon 33 in Präsenz und 19 im virtuellen Raum, anwesend.

Weiterhin erläutert Klaus Josef Lutz, dass die Tagesordnung, die Sitzungsunterlagen und das Protokoll der vergangenen Sitzung auf der Ehrenamtsplattform zur Verfügung gestellt wurden. Wie gewohnt werden Beschlussvorlagentexte in der Präsentation eingeblendet und nicht verlesen und die Abstimmungen geheim durchgeführt.

Zur Tagesordnung gibt es keine Anmerkungen oder Änderungswünsche. Silke Reidl erklärt das Votingverfahren und führt die Testabstimmung zur Genehmigung der Tagesordnung durch, die mit 45 Ja-Stimmen, ohne Enthaltung und ohne Gegenstimme, angenommen wird.

Anschließend gratuliert Klaus Josef Lutz Maximilian Mertens zu dessen rundem Geburtstag im Dezember und begrüßt die neuen Mitglieder im Kreis der Vollversammlung: Nach dem Ausscheiden von Sascha-Rafael Bezner ist Vladimir Lasic in der Wahlgruppe „Kraftfahrzeughandel“ nachgerückt. Vladimir Lasic begrüßt die Teilnehmer und drückt seine Freude darüber aus, nun Teil der Vollversammlung zu sein. Seine Firma LKW Lasic, die seit rund 50 Jahren bestehe, habe er von seinem Vater übernommen.

Im Regionalausschuss Garmisch-Partenkirchen schied Peter Ling zum Jahresende ruhestandsbedingt aus. In der Sitzung am 01.02.2024 wurde Kathrin Eißler zur neuen Vorsitzenden gewählt. Sie leitet die Spedition Neuner in Mittenwald. Peter Ling wurde zum Ehrenvorsitzenden des Regionalausschusses ernannt. Klaus Josef Lutz gratuliert Kathrin Eißler zu Ihrer neuen Verantwortung.

Kathrin Eißler ist nunmehr als Regionalausschussvorsitzende satzungsgemäß in der Vollversammlung gesetzt. Sie war zuvor bereits direkt gewähltes Vollversammlungsmittglied. Für ihren unmittelbar gewählten Sitz in der Wahlgruppe

„Verkehr, Logistik und Postdienste“ rückt Andreas Mekidiche nach. Herr Mekidiche führt ein Taxiunternehmen, ist bereits Mitglied im Regionalausschuss Landeshauptstadt München sowie ehrenamtlich als Prüfer für die IHK München tätig und freut sich ebenfalls auf die Mitwirkung in der Vollversammlung.

TOP 3 Selbstverwaltung

**TOP 3.1 Gerichtlicher Vergleichsvorschlag zur a.o. Kündigung der Obermeyer Gebäudeplanung GmbH & Co. KG durch die IHK vom 08.10.2013
Gast: RA Dr. Patrick Gasch, ZIRNGIBL Rechtsanwälte Partnerschaft mbB**

Rechtsanwalt Dr. Patrick Gasch, der die IHK im gerichtlichen Verfahren vertritt, stellt die Details des angebotenen Vergleichsvorschlags vor. Da dieser beinhaltet, dass die Parteien über die Inhalte Stillschweigen bewahren, werden Details nicht protokolliert.

Insgesamt stelle der Vorschlag nach Ansicht von Dr. Patrick Gasch und Klaus Josef Lutz einen aus Sicht der IHK München begrüßenswerten Ausgang dar. Die Verhandlungsziele der IHK würden vollständig erreicht, hohe Rechtskosten im Falle einer gerichtlich aufgerufenen Verfahrensdauer von rund zwanzig Jahren vermieden.

Auf die Nachfrage von Andreas Lentrodt, ob die Gegenseite dem Vergleich zustimmen würde, antwortet Patrick Gasch, dass das Angebot durch die Gegenseite unwiderruflich abgegeben worden und bis Ende Juni dieses Jahres bindend sei.

Beschluss: Die Vollversammlung stimmt in dem gerichtlichen Verfahren zwischen der Obermeyer Gebäudeplanung GmbH & Co. KG und der Industrie- und Handelskammer für München und Oberbayern vor dem Landgericht München I dem vorgestellten Vergleichsangebot mit 44 Ja-Stimmen, 2 Enthaltungen und 0 Gegenstimmen zu.

Der Gerichtsbeschluss vom 21.03.2024 ist dem Protokoll als Anhang beigelegt.

TOP 3.2 Neue IHK-Regelaufgabe Berufsvalidierung

Hubert Schöffmann gibt einen Einblick in das Vorgehen zur Berufsvalidierung. Zurückgehend auf eine Empfehlung des Rates der EU aus dem Jahr 2012 sei dieses Vorgehen unter dem Namen Valikom bislang als nicht-gesetzliche Aufgabe in pilotierenden Handwerkskammern und IHKs, wie z.B. der IHK München, erprobt. Die Aufgabenübertragung durch den Gesetzgeber sei ab August 2024 geplant, Anfang 2025 seien erste Antragsteller nach dem neuen System zu erwarten. Für Unternehmen sei das Vorgehen valide und unbürokratisch. Pro Fall sei durchschnittlich mit ca. 14 Arbeitsstunden zu rechnen. Die IHK sei für eine Einstufung und Anerkennung von IHK-Berufen die am besten geeignete Stelle. Die IHK München sehe sich deshalb in der Verantwortung, diese Aufgabe im Interesse der regionalen Wirtschaft zu übernehmen.

TOP 3.3 Aktualisierung Beschaffungsrichtlinie

Florian Horn erläutert, dass der bislang statische Verweis auf die Bekanntmachung des Bayerische Staatsministeriums des Innern, für Sport und Integration (BayStMI) sinnvollerweise dynamisiert werden solle, um sich stets auf die aktuellste Version dieser ministerialen Veröffentlichung mit entsprechend aktuellen Wertgrenzen zu beziehen. Dies diene auch dem Abbau unnötiger Bürokratie, nämlich der immer neuen Beschließung neuer Richtlinien bei Änderung der Bekanntmachung.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt gemäß § 6 Abs. 2 des Finanzstatuts die aktualisierten Beschaffungsregeln mit 41 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 0 Gegenstimmen.

TOP 5 Aktuelles aus den Regionen

Elke Christian gibt einen Rückblick auf das Jahr 2023 in den IHK-Regionen, das mit zahlreichen Veranstaltungen, Arbeitssitzungen und Aktionen sehr viel Zuspruch erfahren habe. 2024 gelte es, bewährte Formate fortzusetzen und weiterzuentwickeln, auf Entwicklungen auch mit neuen Formaten zu reagieren und die in der Halbzeitevaluierung (vgl. TOP 7.1) gewonnenen Erkenntnisse umzusetzen.

Elke Christian lädt zum 2. KI-Speeddating ein, das der Regionalausschuss München-Landkreis initiiere. Nach der erfolgreichen Premiere 2023 innerhalb des Landkreises sei die Veranstaltung in diesem Jahr offen für Mitglieder aller IHK-Regionalausschüsse.

TOP 6 Politische Gesamtinteressenvertretung

TOP 6.1 BIHK-Position: Schienenanbindung Flughafen München

Martin Drognitz erläutert, dass die fehlende Schienenanbindung des Flughafens München im Fernverkehr verhindere, dass Kurzstrecken- bzw. Zubringerflüge klimaschonend und zeiteffizient durch Fernverkehrszüge ersetzt werden könnten.

In einem Beschluss des IHK-Regionalausschusses Erding-Freising vom 24.01.2024 wurden die Forderungen nach einer Schienenanbindung des Flughafens für den Fernverkehr einstimmig unterstützt. Auch Anregungen aus dem IHK-Verkehrsausschuss flossen in die hier vorgelegte Position ein, die in Abstimmung mit dem Flughafen München, der Landeshauptstadt München sowie dem Bayerischen Staatsministerium für Wohnen, Bau und Verkehr erstellt wurde. Auch die Handwerkskammer für München und Oberbayern werde das Papier mitzeichnen. Die bayerischen IHKs wollen die Position ebenfalls mittragen.

Andreas Lentrodt erkundigt sich, ob auch eine entsprechende Diskussion zum Brennerbasistunnel geplant sei, da der Verkehr nach Italien eine ähnliche Relevanz habe wie der Flughafen München. Manfred Gößl bestätigt, dass sich zuletzt viele emotionale Diskussionen rund um das Thema ereigneten, die IHK sich stets für einen Nordzulauf mit akzeptanzerhöhenden Tunnels und Lärmschutz ausgesprochen und mit Georg Dettendorfer zudem einen ausgewiesenen Experten als Vertreter in diversen Gesprächen habe. Manfred Gößl erwarte Einschränkungen im Brennertransit bis weit in die 40er Jahre auch infolge der unausweislichen Brückensanierungen.

Georg Dettendorfer erinnert an den im IHK-Regionalausschuss Rosenheim und im IHK-Verkehrsausschuss gefassten Beschluss aus dem Jahr 2019 zu diesem Thema. Er ergänzt, dass seit dem 13.03.2024 bekannt sei, dass auch die Schienenverbindung für etwa neun Monate gekappt werde.

Thomas Eberl beklagt die grundsätzlich veränderte Situation. Da Leer-Lkw-Rückfahrten keinen Sinn haben, würden Umplanungen erfolgen und gewisse Güter in der neuen Situation schlichtweg nicht mehr gefahren.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 36 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 0 Gegenstimmen: Dem BIHK-Positionspapier „Schienenanbindung Flughafen München“ wird zugestimmt.

TOP 6.2 IHK-Position: Entwicklung und Ausbau des Biotechnologie-Standortes Bayern – Biotech-Agenda 2035

Martin Drognitz erklärt, dass Bayern im Feld der Biotechnologie über die Jahre europaweit eine Spitzenposition eingenommen habe. Aufgrund der starken Präsenz führender Akteure haben sich regionale Cluster aus verschiedenen Stakeholdern in Wirtschaft, Wissenschaft, Verwaltung etc. zusammengeschlossen. Die Rahmenbedingungen für die Biotechnologie hätten sich allerdings zuletzt verschlechtert. Um die Spitzenposition dieser für die Zukunft wichtigen Branche in Bayern zu halten, seien die im Positionspapier aufgeführten Maßnahmen erforderlich, wie z. B. erleichterte Rahmenbedingungen bei der Entwicklung, klinischen Prüfung und Markteinführung von neuen Medikamenten oder die Optimierung von Prozessen, Bürokratieabbau/Digitalisierung, Datennutzung, Fachkräfteoffensive und Öffentlichkeitsarbeit sowie die Stärkung der bestehenden Cluster durch bessere ÖPNV-Anbindung der Standorte, Ausbau der Ansiedlungs- und Mietflächen sowie Stärkung des Clustermanagements.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 39 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung und 0 Gegenstimmen: Dem IHK-Positionspapier „Entwicklung und Ausbau des Biotechnologie-Standortes Bayern – Biotech-Agenda 2035“ wird zugestimmt.

TOP 6.3 IHK-Position: Erhalt der deutschen Stromgebotszone

Martin Drognitz erläutert, dass der deutsche Strommarkt als eine Stromgebotszone gemeinsam mit Luxemburg organisiert sei. In dieser Zone gelte ein einheitlicher Strompreis, der sich über Angebot und Nachfrage bilde. Durch die Transformation des Energiesystems zeigten sich Stromangebot und -nachfrage innerhalb dieser Zone zunehmend unausgeglichener. Für einen problemlosen Ausgleich durch Stromhandel müsse eine ausreichende Netzinfrastruktur vorhanden sein, welche fortlaufend ertüchtigt wird. Bedingt durch den verzögerten Netzausbau seien Engpässe im Stromnetz vorhanden. Daher prüfe die EU derzeit, die Aufteilung des deutschen Strommarkts in mehrere Gebotszonen. 2025 würden die Mitgliedsstaaten über die zukünftige Ausgestaltung der Gebotszonen entscheiden.

Um den energie- und klimapolitischen Zielen gerecht werden zu können, sei der Erhalt der bestehenden deutschen Stromgebotszone essenziell. Eine unterschiedliche Preisbildung durch mehrere Preiszonen innerhalb Deutschlands würde zu Planungsunsicherheit der Unternehmen und Stromerzeuger führen und langfristige Preisabsicherung erschweren. Nur durch intelligenten und synchronen Ausbau von erneuerbaren Energien, Speichern und der Netzinfrastruktur sei das Ziel einer klimaneutralen Stromversorgung Deutschlands bis 2045 zu stemmen. Erfahrungen anderer europäischer Länder zeigten, dass Ziele einer Aufteilung, wie z.B. Infrastrukturausbau und sinkende Strompreise, nicht wie erwartet eingetreten seien und zudem die Kosten einer solchen Umstellung bei Kalkulationen unberücksichtigt blieben. Modellrechnungen zeigen bei Teilung der deutschen Stromgebotszone Strompreissteigerungen von bis zu 9 €/MWh in Süddeutschland, umgerechnet also 0,9 ct. je kWh. An der deutschen Strompreiszone müsse daher im Interesse der Wirtschaft festgehalten werden. Bis zur EU-Entscheidung 2025 solle eine deutschlandweit einheitliche Position gebildet werden, was sich bedingt durch die unterschiedlichen Situationen in Nord- und Süddeutschland nicht reibungslos gestalten lässt.

Der Ausschuss Industrie und Innovation sei in die Positionserarbeitung eingebunden worden.

Thomas Dittler erkundigt sich, ob eine Simulation für das Szenario der Stromgebotszonen-Aufteilung existiere. Manfred Gößl antwortet, dass einerseits der Strom in Bayern voraussichtlich um 0,9 ct/kWh teurer werden könnte und andererseits allseits Verunsicherung und damit zusätzliche Investitionszurückhaltung erzeugt würde. In Ländern mit durchgeführter Aufspaltung zeigte sich zudem, dass Geographie den entscheidenden Ausschlag für Windstrom gebe und bspw. in Norwegen eine Steigerung der Investitionen dort, wo Strom teurer geworden sei, nicht eingetreten sei. Statt Marktzersplitterung sollte das Gegenteil das Ziel sein.

Beschluss: Die Vollversammlung beschließt mit 35 Ja-Stimmen, 5 Enthaltungen und 1 Gegenstimme: Dem IHK-Positionspapier „IHK-Position: Erhalt der deutschen Stromgebotszone“ wird zugestimmt.

TOP 6.4 Europawahl 2024

Elke Christian erläutert das geplante Kommunikationskonzept, mit dem die IHK die Europawahl begleiten werde. Unter anderem seien Kurzstudien zu EU-Themen in Kooperation mit dem ifo-Institut geplant. Pitches mit den Spitzenkandidaten seien als Kernelement der Öffentlichkeitskampagne vorgesehen.

TOP 6.5 Bundestagswahl 2025

Elke Christian führt aus, dass ausgehend von einer regulären Bundestagswahl im Herbst 2025 die Strategie zur Kommunikation im zweiten Quartal 2024 beginne. Durch gezielten Kontakt mit Abgeordneten solle bereits während der Erstellung der Wahlprogramme darauf hingewirkt werden, wichtige IHK-Forderungen dort zu platzieren.

Neu ist die Einrichtung eines Beteiligungsformats für das Ehrenamt entsprechend dem Wunsch nach mehr Einbeziehung. Das Format werde derzeit mit Ehrenamtsbeteiligung entwickelt und voraussichtlich im Frühsommer 2024 stattfinden.

TOP 7 Bericht der GF

7.1 Halbzeitevaluierung

Elke Christian dankt zunächst den knapp 550 Teilnehmern des Ehrenamts an der Halbzeitevaluierung, die zwischen Oktober 2023 und Januar 2024 durchgeführt wurde.

Insgesamt zeige sich eine hohe Zufriedenheit des Ehrenamts. Die Zusammenarbeit mit dem Hauptamt und die Kommunikation seien mit einer Durchschnittsbewertung von 1,4 auf einer Skala von 1 (sehr gut) bis 5 (sehr schlecht) versehen worden. Die große Mehrheit des Ehrenamts wolle sich auch in der nächsten Wahlperiode ab 2026 weiterhin engagieren, mehr als zwei Drittel der Befragten würden ein IHK-Ehrenamt ihnen bekannten Unternehmerinnen und Unternehmern „auf jeden Fall“ empfehlen. Die Zufriedenheit mit der Gremienarbeit betrage 1,7 in den Fachausschüssen, 1,8 in den Regionalausschüssen und 2,0 in der Vollversammlung. Die drei wichtigsten Wünsche des Ehrenamts seien Einbindung, politischer Einfluss sowie Vernetzung und Austausch mit politischen Vertretern. Die IHK werde sich selbstverständlich weiterhin bemühen, diese Wünsche umzusetzen.

TOP 7.2 Weitere Themen der Geschäftsführung

Manfred Gößl dankt den Mitgliedern der Vollversammlung für die aktive Mitwirkung in der der Sitzung und insbesondere auch für die Praxisfälle, die an Staatsminister Albert Füracker bzw. sein Ministerium gerichtetet waren. Gute Politikberatung lebe von der Darstellung konkreter Praxiserfahrungen.

Die BIHK-Konjunkturumfrage habe mit Geschäftserwartungs-Saldenpunkten von -12 eine im Vergleich zum langfristigen Durchschnitt von +8 schlechte Lage gezeigt. Erstmals seit Beginn der Befragung wurde die Wirtschaftspolitik von den bayerischen Betrieben als dominierendes Geschäftsrisiko wahrgenommen. Erschreckend seien auch die Freitextantworten. Neben dem erwarteten Top-Thema Bürokratie wurde in großer Häufigkeit „Deutschland“ oder „die Regierung“ als Problem genannt. Die Zahlen legen nahe: 2024 werde sich als weiteres Stagnationsjahr, bestenfalls mit Mini-Wachstum, erweisen. Der Bayerischen Staatsregierung rät die IHK, dass sie alle auf Landesebene lösbaren Belange, die der Wirtschaft zugutekommen, zügig selbst in die Hand nehme.

Durch die demographischen Gegebenheiten sei es unehrlich und irreführend, wenn der Bevölkerung seitens der Politik oder der Gewerkschaften suggeriert werde, dass die Zukunft mit weniger Arbeitseinsatz des oder der Einzelnen positiv gestaltbar sei. Anlässlich eines Artikels im Magazin FOCUS mit Laura und Clara Sasse, der sich mit der Frage befasst, warum immer mehr Menschen immer weniger arbeiten mögen, stellt Manfred Gößl das Dilemma rund um fehlende Anreize zur Erhöhung des Erwerbseinkommens vor. Durch die Kombination diverser Transferleistungen wie Bürgergeld, Wohngeld und Kinderzuschlag sei es in vielen Fällen nicht attraktiv, die Arbeitszeit zu erhöhen, da durch einen abrupten Entzug von Transferzahlungen Löhne für zusätzliche Arbeitsstunden im Centbereich resultierten. Da es für die Wirtschaft und die gesamte Gesellschaft jedoch unumgänglich wird, mehr Arbeitsvolumen zu erreichen, müsse eine Umgestaltung des Transfersystems mit graduellen Entzugsraten erfolgen, so dass sich jede zusätzliche Arbeitsstunde immer lohnt.

Ebenfalls aus demografischen Gründen würde die Unternehmensnachfolge für immer mehr kleine und mittlere Betriebe immer schwerer zu lösen. Die IHK arbeite mit dem Bayerischen Wirtschaftsministerium zusammen, welches dem Thema Nachfolge nunmehr zurecht eine Priorität einräumen wolle. Landesweit werden in 2024 spezielle Informationsveranstaltungen angeboten, natürlich auch von der IHK München.

Das Schaubild „IHK in Zahlen 2023“ zeige einige sehr positive Entwicklungen insbesondere bei der Zahl der angebotenen Veranstaltungen und deren Teilnehmer, den starken Kommunikationsdaten zur Landtagswahl oder der Antragsbearbeitung bei den Corona-Wirtschaftshilfen.

Maximilian Mertens wirbt für die Bundeskonferenz der Wirtschaftsunioren vom 19. bis 22. September 2024 in Rosenheim.

Abschließend gibt Manfred Gößl einen Ausblick auf die voraussichtliche Senkung des Leitzinses durch die EZB um 0,25 Prozentpunkte, womöglich im Juni. Dies wäre eine erstmalige Zinssenkung der EZB zeitlich vor der US-Notenbank. Weitere Senkungen seien in kleinen Schritten für 2024 und 2025 zu erwarten.

Dr. Eduard Kastner merkt an, dass bei alledem auch der Klimaschutz einzupreisen sei, der große Investitionen benötige. Thomas Dittler bittet die IHK darum, sich für das Thema KI stark zu machen, wenngleich noch unsicher sei, ob daraus eine Arbeitsproduktivitäts-

steigerung erwachse. Manfred Gößl weist darauf hin, dass dies bereits insbesondere in Form von Webinaren geschehe, die sich vor allem an den Mittelstand richten.

TOP 8 Verschiedenes

Es gibt keine Wortmeldungen der Vollversammlungsmitglieder zu diesem TOP.

Klaus Josef Lutz weist auf die kommenden Sitzungstermine hin:

Mittwoch, 26.06.2024, 15:00 Uhr, IHK-Akademie Westerham

Dienstag, 26.11.2024, 15:00 Uhr, IHK-Stammhaus

Klaus Josef Lutz beendet die Sitzung um 18:26 Uhr und lädt alle Anwesenden zu einem gemeinsamen Abendessen ein.

München, den 10.05.2024

Industrie- und Handelskammer
für München und Oberbayern

Präsident



Prof. Klaus Josef Lutz

Hauptgeschäftsführer



Dr. Manfred Gößl

Anlagen

1. Anwesenheitsliste
2. Gerichtsbeschluss vom 21.03.2024